

Plenar-Newsletter März II

Abgeordnete bauen weitere Hürden für Corona-Aufbauplan ab

Das Parlament wird über drei Gesetze zur Umsetzung des EU-Eigenmittelsystems abstimmen und damit den Weg für dessen Reform und die Einführung neuer Einnahmequellen der EU ebnen.

4

Digitales Grünes Zertifikat: Parlament entscheidet über Eilverfahren

Die Entscheidung über die Anwendung des Dringlichkeitsverfahrens für das vorgeschlagene Digitale Grüne Zertifikat steht am Mittwoch zur Debatte und am Donnerstag zur Abstimmung.

6

Parlament fordert dringende Maßnahmen zur Minderung der Abfälle im Meer

Die Abgeordneten fordern mehr Beschränkungen für Einwegplastik und nachhaltige Materialien speziell für Fischfanggeräte, um die Meeresabfälle zu reduzieren.

7

Die EU braucht einen neuen Ansatz gegenüber Afrika

Europa und Afrika müssen über die Geber-Empfänger-Beziehung hinausgehen, so die Botschaft der Abgeordneten zur Abstimmung über ihre Vision für die Zukunft der beiden Kontinente.

8

Corona und Tourismus: Abgeordnete für gemeinsame Kriterien für sicheres Reisen

Die nationalen Aufbaupläne müssen die Tourismusbranche berücksichtigen, während gemeinsame Kriterien für ein sicheres Reisen Teil einer neuen EU-Strategie für den Tourismus sein sollten.

9

Rechtsstaatlichkeit: Anwendung von neuem Mechanismus notfalls einklagen

Abstimmung über eine Resolution, mit der die Abgeordneten die EU-Kommission vor einer Klage warnen, wenn sie die Konditionalitätsregelung zum Schutz des EU-Haushalts nicht anwendet.

10

Vorteile einer datengesteuerten Wirtschaft für die Beschäftigung

Die EU sollte das wachsende Datenvolumen als Quelle für Wachstum und Innovation nutzen, heißt es in einer Entschließung, die am Donnerstag zur Abstimmung steht.

Weitere Tagesordnungspunkte

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2021-03-24>

Schwerpunkte der Plenartagung 24.-25. März 2021

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragung der Plenartagung \(EbS+\)](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen](#)

[Multimedia-Center](#)

[EP-Newshub](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

Pressereferent

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 (+32) 498 98 13 45

✉ armin.wisdorff@europarl.europa.eu

Andreas KLEINER

Press Officer / Editorial Coordinator

☎ (+32) 2 28 32266 (BXL)

☎ (+33) 3 881 72336 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 22

✉ andreas.kleiner@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

Pressereferentin in Deutschland

☎ (+49) 30 2280 1080

📱 (+49) 17 7323 5202

✉ judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

✉ presse-berlin@ep.europa.eu

🐦 [@EPinDeutschland](https://twitter.com/EPinDeutschland)

Huberta HEINZEL

Pressereferentin in Österreich

☎ (+43) 1 516 17201

☎ (+33) 3 881 74646 (STR)

📱 (+43) 676 550 3126

✉ huberta.heinzel@europarl.europa.eu

Abgeordnete bauen weitere Hürden für Corona-Aufbauplan ab

Das Parlament wird über drei Gesetze zur Umsetzung des EU-Eigenmittelsystems abstimmen und damit den Weg für dessen Reform und die Einführung neuer Einnahmequellen der EU ebnen.

Die Abgeordneten werden über drei Verordnungen zur Umsetzung des reformierten Systems der EU-Einnahmen debattieren und abstimmen. Die Gesetze stehen in direktem Zusammenhang mit dem [grundlegenden EU-Eigenmittelbeschluss](#), der im vergangenen [September vom Parlament](#) und im Dezember vom Rat verabschiedet wurde und derzeit von den Mitgliedsstaaten ratifiziert wird ([Übersicht hier](#), weitere [Informationen zur Ratifizierung hier](#)). Der Eigenmittelbeschluss wird es der EU zudem ermöglichen, 750 Milliarden Euro für den [Aufbauplan "Next Generation EU"](#) auf den Finanzmärkten aufzunehmen.

Die drei Gesetze, die zur Abstimmung stehen, beinhalten Bestimmungen zur Berechnung und Vereinfachung der EU-Einnahmen, zur Verwaltung des Geldflusses und zu Überwachungs- und Kontrollrechten. Diese werden benötigt, um sicherzustellen, dass die reformierte Einnahmenseite des EU-Haushalts weiterhin reibungslos funktioniert.

Durch diese Abstimmungen wird das Parlament weitere Hürden für die Reform des EU-Eigenmittelsystems abbauen, so dass der Corona-Aufbauplan "Next Generation EU" in Höhe von 750 Milliarden Euro genutzt werden kann. Darüber hinaus werden neue Einnahmequellen, wie z.B. eine Abgabe auf Plastik, zur Finanzierung des EU-Haushalts beitragen und helfen, die durch den Aufbauplan entstandenen Schulden zu tilgen. Es wird erwartet, dass die Europaabgeordneten an die EU-Länder appellieren werden, den „Eigenmittelbeschluss“ so schnell wie möglich zu ratifizieren.

[Weitere Informationen zur Umsetzung des Eigenmittelbeschlusses finden Sie hier](#) (auf Englisch)

Debatte: Mittwoch, 24. März

Abstimmungen: Mittwoch, 24. März und Donnerstag, 25. März

Verfahren: 2 Beratungsverfahren und 1 Zustimmungsverfahren

Weitere Informationen

[Entwürfe der Berichte](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(17.03.2021\)](#)

[Profil des Ko-Berichterstatters José Manuel Fernandes \(EVP, PT\)](#)

[Profil der Ko-Berichterstatterin Valérie Hayer \(RENEW, FR\)](#)

[Studie: Reform der EU-Eigenmittel](#)

[Vor kurzem \(17.03.2021\) abgehaltene Anhörung im EP-Haushaltsausschuss zu den Eigenmitteln, einschließlich Erklärungen der Ko-Berichterstatter](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Verordnung "Bereitstellung"\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Durchführungsmaßnahmen für das System der Eigenmittel der Europäischen Union\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Erhebung der Eigenmittel aus der Mehrwertsteuer\)](#)

[Kostenfreie Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Digitales Grünes Zertifikat: Parlament entscheidet über Eilverfahren

Die Entscheidung über die Anwendung des Dringlichkeitsverfahrens für das vorgeschlagene Digitale Grüne Zertifikat steht am Mittwoch zur Debatte und am Donnerstag zur Abstimmung.

Die Kommission hat den [Vorschlag für die Verordnung zur Einführung des Digitalen Grünen Zertifikats](#) am 17. März 2021 vorgelegt und vorgeschlagen, dass dieses noch vor dem Sommer verabschiedet werden soll. Der Vorschlag zielt darauf ab, zu sicherer Freizügigkeit innerhalb der EU während der Corona-Pandemie beizutragen. Es soll Informationen über den COVID-19-Impfstatus von Reisenden enthalten, über negative COVID-19-Testergebnisse sowie über frühere COVID-19-Infektionen.

Die Abgeordneten werden am Mittwochnachmittag zum ersten Mal über das Digitale Grüne Zertifikat debattieren und am Donnerstag entscheiden, ob das [Dringlichkeitsverfahren](#) angewendet werden soll.

Debatte: Mittwoch, 24. März

Abstimmung und Ergebnis: Donnerstag, 25. März

Verfahren: Entscheidung über Dringlichkeitsverfahren

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial](#)

Parlament fordert dringende Maßnahmen zur Minderung der Abfälle im Meer

Die Abgeordneten fordern mehr Beschränkungen für Einwegplastik und nachhaltige Materialien speziell für Fischfanggeräte, um die Meeresabfälle zu reduzieren.

In einer Entschließung, die am Donnerstag angenommen werden soll, betonen die Abgeordneten, dass Meeresabfälle, insbesondere Nano- und Mikroplastik, für eine Reihe von Meerestierarten sowie für Fischer und Verbraucher „eine ernsthafte Bedrohung“ darstellt. Der Text hebt hervor, dass ein durchschnittlicher Konsument von Schalentieren aus dem Mittelmeer durchschnittlich 11 000 Plastikpartikel pro Jahr zu sich nimmt. Es wird geschätzt, dass Abfälle im Meer der Fischerei Einnahmeverluste in Höhe von 1 % bis 5 % verursachen.

Der Fischereisektor sollte die [Kreislaufwirtschaft](#) vorantreiben, indem er Plastik sammelt, effiziente Recycling-Zyklen entwickelt und ein besseres Design für Fanggeräte findet, so die Erwartung des Parlaments. Abfälle aus Fischerei und Aquakultur machen 27 % der Abfälle im Meer aus, fügen die Abgeordneten hinzu, und nur 1,5% der Fanggeräte werden derzeit recycelt.

Aussprache: Mittwoch, 24. März 2021

Abstimmungsergebnis: Donnerstag, 25. März

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

Weitere Informationen

[Berichtsentwurf über die Auswirkungen von Abfällen im Meer auf die Fischerei](#)

[Profil der Berichterstatterin Catherine CHABAUD \(RENEW, FR\)](#)

[Ausschuss für Fischerei](#)

[Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial](#)

Die EU braucht einen neuen Ansatz gegenüber Afrika

Europa und Afrika müssen über die Geber-Empfänger-Beziehung hinausgehen, so die Botschaft der Abgeordneten zur Abstimmung über ihre Vision für die Zukunft der beiden Kontinente.

Der Entwurf der vom Entwicklungsausschuss ausgearbeiteten Strategie zu Afrika betont die Notwendigkeit, über die bloße Zusammenarbeit bei Themen wie dem grünen und digitalen Wandel, Energie, nachhaltigen Arbeitsplätzen, guter Regierungsführung und Migration hinauszugehen. Die menschliche Entwicklung muss im Mittelpunkt der künftigen Beziehungen zwischen der EU und Afrika stehen, betonen die Abgeordneten. Afrika und die EU müssen als gleichberechtigte Partner zusammenarbeiten und die afrikanischen Nationen dazu befähigen, die [Ziele der UN für nachhaltige Entwicklung](#) zu erreichen, betont der Entschließungsentwurf, der am Mittwoch zur Debatte und am Donnerstag zur Abstimmung steht.

Hintergrund

Im Jahr 2020 kündigte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, eine Erneuerung der EU-Afrika-Beziehungen an. Die Förderung der Beziehungen zu Afrika ist eines der wichtigsten außenpolitischen Ziele der [portugiesischen Ratspräsidentschaft](#).

Aussprache: Mittwoch, 24. März

Abstimmung und Ergebnis: Donnerstag, 25. März

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

Weitere Informationen

[Entwurf des Berichts](#)

[Berichterstatlerin: Chrysoula Zacharopoulou \(RENEW, FR\)](#)

[EU-Afrika-Strategie im Parlament: Informationen zu Inhalt und Verfahren \(auf Englisch\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Erklärung des Ausschussvorsitzenden zu den EU-Afrika-Beziehungen: „Zeit für einen Neuanfang“ \(09.03.2020\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: Eine umfassende EU-Strategie für Afrika \(Juni 2020, auf Englisch\)](#)

Corona und Tourismus: Abgeordnete für gemeinsame Kriterien für sicheres Reisen

Die nationalen Aufbaupläne müssen die Tourismusbranche berücksichtigen, während gemeinsame Kriterien für ein sicheres Reisen Teil einer neuen EU-Strategie für den Tourismus sein sollten.

Der Entwurf einer Entschließung zur Festlegung einer EU-Strategie für nachhaltigen Tourismus steht am Mittwoch zur Debatte und am Donnerstag zur Abstimmung. Die Abgeordneten werden die EU-Länder auffordern, die Tourismus- und Reisebranche in ihre Aufbaupläne einzubeziehen und eine vorübergehende Senkung der Mehrwertsteuersätze auf diese Dienstleistungen zu erwägen.

Eine gemeinsame Impfbescheinigung sollte das Reisen erleichtern und als Alternative zu PCR-Tests und Quarantänevorschriften dienen, so die Abgeordneten. Eine solche Bescheinigung für Reisezwecke könnte eingeführt werden, sobald ausreichend bewiesen ist, dass geimpfte Personen das Virus nicht übertragen.

Der Entwurfstext fordert die Mitgliedsstaaten außerdem auf, gemeinsame und abgestimmte Kriterien für ein sicheres Reisen unverzüglich in vollem Umfang umzusetzen. Diese sollten ein EU-Gesundheits- und Sicherheitsprotokoll für Tests vor dem Abflug beinhalten und festlegen, dass eine Quarantäne weiterhin nur als äußerstes Mittel verhängt werden sollten.

Aussprache: Mittwoch, 24. März

Abstimmung und Ergebnisse: Donnerstag, 25. März

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

Weitere Informationen

[Entschließungsentwurf über die Festlegung einer EU-Strategie für nachhaltigen Tourismus](#)

[Interview mit der Berichterstatterin Cláudia Monteiro de Aguiar \(EVP, PT\)](#)

[Presseerklärung zur Abstimmung im Ausschuss \(25.02.2021, auf Englisch\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[„Re-open EU“ - Webseite der EU-Kommission](#)

Rechtsstaatlichkeit: Anwendung von neuem Mechanismus notfalls einklagen

Abstimmung über eine Resolution, mit der die Abgeordneten die EU-Kommission vor einer Klage warnen, wenn sie die Konditionalitätsregelung zum Schutz des EU-Haushalts nicht anwendet.

Die Abgeordneten betonen, wie wichtig es ist, den Corona-Aufbauplan „NextGenerationEU“ und die [Werte der EU](#) zu schützen. Sie unterstreichen, dass die [entsprechenden Regeln](#) angewandt werden müssen, was „nicht von der Annahme von Leitlinien abhängig gemacht werden kann“, die die Kommission nach eigenen Angaben vorbereitet. Der Entschließungsentwurf hebt hervor, dass diese Leitlinien auf jeden Fall bis zum 1. Juni 2021 fertig sein müssen und dass das Parlament vor ihrer Annahme konsultiert werden sollte. Wenn die Kommission ihren Verpflichtungen nicht nachkommt und dem Parlament bis zum 1. Juni keine Informationen zur Verfügung stellt, wird das Parlament dies „als Untätigkeit betrachten und in der Folge gemäß [Artikel 265 AEUV](#) gegen die Kommission vorgehen“.

Hintergrund

Während der [Debatte auf der letzten Plenarsitzung](#) betonten die Abgeordneten, dass das Parlament alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel nutzen wird, wenn die Kommission ihren Verpflichtungen nicht nachkommt, unabhängig zu handeln und die neue Konditionalitätsregelung zum Schutz des EU-Haushalts zu nutzen. Die Abgeordneten [unterstrichen erneut](#), dass die neuen Regeln am 1. Januar 2021 in Kraft treten, und fast alle Redner bekräftigten, dass die Verordnung rechtlich bindend ist, im Gegensatz zu den [Schlussfolgerungen des Europäischen Rates](#) zu diesem Thema.

Abstimmung: Mittwoch, 24. März (Änderungsanträge) & Donnerstag, 25. März (Schlussabstimmung)

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen - "Protection of the Union's budget in case of 'rule of law' deficiencies" \(Dezember 2020, auf Englisch\)](#)

[Informationen zum Inhalt und Verfahren \(auf Englisch\)](#)

[Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial](#)

Vorteile einer datengesteuerten Wirtschaft für die Beschäftigung

Die EU sollte das wachsende Datenvolumen als Quelle für Wachstum und Innovation nutzen, heißt es in einer EntschlieÙung, die am Donnerstag zur Abstimmung steht.

Damit europäische Unternehmen, Universitäten und die Forschung weltweit wettbewerbsfähig sein können, wird eine EU-weite Strategie benötigt, die den freien Datenfluss in der Union ermöglicht, so die Abgeordneten. Es müsse eine „Datengesellschaft“ geschaffen werden, die auf Rechten und EU-Werten wie Datenschutz, Transparenz und Achtung der Grundrechte aufbaut und zu besseren und automatisierten Echtzeitdiensten, nachhaltigem Wachstum und hochwertigen Arbeitsplätzen führt. Die Bürger sollten die uneingeschränkte Kontrolle über ihre Daten haben und befähigt werden, Entscheidungen darüber zu treffen, betonen die Abgeordneten.

Der Text, der am Donnerstag zur Abstimmung steht, ist eine Antwort auf die Mitteilung der Europäischen Kommission über eine europäische Datenstrategie.

Datenschutz-Grundverordnung

Am Donnerstagmorgen werden die Abgeordneten auch die Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung mit der Kommission erörtern, zwei Jahre nachdem diese in Kraft getreten ist. Später am selben Tag wird eine EntschlieÙung zur Abstimmung gestellt, in der die Abgeordneten voraussichtlich eine wirksamere Umsetzung und Durchsetzung der Datenschutz-Grundverordnung fordern werden.

Debatten und Abstimmungen: Donnerstag, 25. März

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙungen

Weitere Informationen

[Entwurf eines Berichts über eine europäische Datenstrategie](#)
[Presseerklärung zur Abstimmung im Ausschuss \(24.02.2021, auf Englisch\)](#)
[Profil der Berichterstatterin Miapetra Kumpula-Natri \(S&D, FI\)](#)
[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
[Weitere Informationen über den Verlauf des Verfahrens \(auf Englisch\)](#)
[Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Gemeinsame Aussprache - Fortschrittsberichte 2019–2020 zu Albanien, zum Kosovo, zu Nordmazedonien und zu Serbien, *Debatte und Abstimmungsergebnisse Donnerstag*
- Umsetzung der Luftqualitätsrichtlinien - *Bericht: Javi López, Debatte und Abstimmungsergebnisse Donnerstag*
- Themen des kommenden EU-Gipfels, *Debatte Mittwoch*
- Mord an Daphne Caruana Galizia und Rechtsstaatlichkeit in Malta - *Erklärung der Kommission, Debatte Donnerstag, Entschließung auf April-Plenartagung*
- Leitlinien für den Haushaltsplan 2022 – Einzelplan III (EU-Kommission), *Debatte Mittwoch, Abstimmungsergebnisse Donnerstag*
- Maßnahmenpaket für die Erholung der Kapitalmärkte: Ein allgemeiner Rahmen für Verbriefungen und ein spezifischer Rahmen für einfache, transparente und standardisierte Verbriefung, um die Erholung von der COVID-19-Pandemie zu unterstützen - *Bericht: Paul Tang und Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 mit dem Ziel, die wirtschaftliche Erholung von der COVID-19-Pandemie durch Anpassungen am Verbriefungsrahmen zu unterstützen - Bericht: Othmar Karas, Debatte Mittwoch, Abstimmungsergebnisse Donnerstag*
- Gestaltung der Politik im Bereich digitale Bildung - *Bericht: Victor Negrescu, Debatte Mittwoch, Abstimmungsergebnisse Donnerstag*
- Stärkung der internationalen Rolle des Euro - *Bericht: Danuta Maria Hübner, Debatte Mittwoch, Abstimmungsergebnisse Donnerstag*
- Kohäsionspolitik und regionale Umweltstrategien im Kampf gegen den Klimawandel - *Bericht: Tonino Picula, Debatte Mittwoch, Abstimmungsergebnisse Donnerstag*
- Kontrolle der Ausfuhr, der Verbringung, der Vermittlung, der technischen Unterstützung und der Durchfuhr
- betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck - *Bericht: Markéta Gregorová, Debatte Donnerstag, Abstimmungsergebnisse Donnerstag*
- Auftragsvergabe in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und Verbringung von Verteidigungsgütern: Umsetzung der einschlägigen Richtlinien - *Bericht: Andreas Schwab, Abstimmung Mittwoch*
- Austritt der Türkei aus dem Übereinkommen von Istanbul - Erklärungen des Rates und der Kommission, *Debatte Donnerstag*